



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/168 - 23.7.51

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Der Osten nach dem Kirchentag	S. 1
Frankreich zur atlantischen Verteidigung	S. 3
Namen - und was dahinter steht	S. 4

Der Osten nach dem Kirchentag

Sowjetpropaganda spekulierte falsch

Th. Die Woche der berliner Kirchentagung ist nun längst vorbei. Geblieben ist die Resonanz, die sich nach der Heimkehr der Teilnehmer selbst in den entlegensten Gebieten der Sowjetzone bemerkbar macht. Die tragende Kraft dieses spürbaren Auftriebs der Widerstandselbstung ist nicht nur das seelische, sondern ganz ohne Zweifel auch das politische Erlebnis, das diese berliner Tagung für die Menschen in der Sowjetzone bedeutet. Die Losung "Wir sind doch Brüder" wird vielen Menschen in der Sowjetzone über den Rahmen des Glaubens Kraft für ein weiteres Aushalten geben. Wenn für westliche Teilnehmer die Tagung eine Klärung geistiger und theologischer Zeitfragen bedeutete, dann war sie für die Besucher aus der Sowjetzone ebenso sehr eine Demonstration der seelischen und politischen Not. Erst die eindeutige Stellungnahme der Laienschaft aus der Sowjetzone gegen Totalitarismus und Kommunismus aber auch konnte alle Bedenken und alles Mißtrauen beseitigen, das dieser Tagung - wie gestehen es offen - entgegengebracht wurde.

Die Bedenken entsprangen der Ungewißheit, ob sich die Kirchenleitung der politischen Bedeutung dieser Tagung bewußt sein werde. Es gab in der Vergangenheit zu viele Bekundungen einer Auffassung, die Grund zu der Befürchtung geben mußte, daß

es den sowjetzonalen Machthabern leicht sein werde, diese "gesamtdeutsche" Tagung für ihre propagandistischen Absichten zu mißbrauchen.

An Versuchen dieser Art hatte es nicht gefehlt. Für Wochen und Monate hatte man von kommunistischer Seite die antikirchliche Propaganda in den Hintergrund treten lassen. 125 Kirchen waren kurzfristig mit staatlichen Mitteln renoviert worden. Nicht weniger als 150000 DM-Ost wurden zur Abhaltung dieser Kirchentagung durch die Sowjetzonenregierung zur Verfügung gestellt. Pieck nahm beim feierlichen Eröffnungs-Gottesdienst auf ausdrücklich vorgerücktem Sessel teil. Verschiedene Erklärungen ostzonaler und westzonaler Kirchenvertreter mußten den Zweifel bestehen lassen, ob die Kirche diese östlichen Anforderungen zurückweisen werde.

Erst die Atmosphäre der Tagung, und in ihr das starke Element der sowjetzonalen Laienschaft, ließ die Bedenken verschwinden. Schon der Auftakt, die Kundgebung der Jugend zeige, daß das Bekenntnis: "Wir sind doch Brüder", auch wenn es seinen Ausgangspunkt im Glauben hatte, ebenso sehr als Solidaritätsbewußtsein der Menschen in Ost und West aufgefaßt wurde. Nicht weniger aber stellte auch der weitere Verlauf der Tagungen unter Beweis, wie sehr das gesamtdeutsche Anliegen ein antikommunistisches ist, im kirchlichen wie im politischen Raum. Die unbekannte Lehrerin und der Jugendliche aus der Ostzone, die ihre Not freimütig in die Welt hinausriefen, sprachen für die Menschen der ganzen Zone, sie mögen politisch und religiös stehen wo sie wollen. Die Anklage des Dresdener Präses Mager gegen das menschenfeindliche Aktivistensystem in der Sowjetzone war eine Anklage der Menschen der Sowjetzone gegen das kommunistische System der Ausbeutung. Die Kirchentagung wurde die Plattform, die Kundgebungen das Sprachrohr der Menschen der Sowjetzone für ihre Mahnung an die freie Welt. Die sowjetzonalen Machthaber haben diese Entwicklung der Dinge und ihre Konsequenz sehr wohl verstanden und darauf äußerst scharf reagiert. Ihre äußerst durchsichtige Finanzierungsbereitschaft hat sich nicht bezahlt gemacht, zumal alle Versuche, die Tagung für die kommunistischen Friedensparolen zu mißbrauchen, bereits im Keime erstickt wurden.

Die von den Besuchern aus der Sowjetzone immer wieder in den Vordergrund gestellte These: "Die Kirche darf sich nicht als Propaganda oder Machtinstrument des Staates mißbrauchen lassen", ist ein Politikum von gesamtdeutscher Bedeutung, sowohl für den Osten, als auch für den Westen.

Frankreichs Einstellung zur atlantischen Verteidigung

Von Alfred Frisch, Paris

Frankreichs Diplomatie sieht ihren wesentlichsten Nachkriegserfolg darin, daß es ihr gelang, im Rahmen der atlantischen Verteidigung endgültig amerikanische und britische Truppenkontingente auf den europäischen Kontinent zu bringen. Man bemerkt dazu offiziell in Paris, wenn sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten 15 Jahre früher zu einem derartigen Schritt entschlossen hätten, wäre der zweite Weltkrieg vermieden worden. Gewiß, die augenblicklich in Europa anwesenden britischen und amerikanischen Streitkräfte gelten noch als ungenügend, man sieht darin aber nur einen Anfang und legt das Hauptgewicht auf die grundsätzlich eingegangenen Verpflichtungen und die sich daraus ergebenden, unvermeidlichen Folgen. Die amerikanischen Stützpunkte in Frankreich sind übrigens bereits recht zahlreich und lassen den Schluß zu, daß die Vereinigten Staaten ziemlich großzügige Pläne haben, besonders was die Luftwaffe betrifft.

Im Atlantikpakt sieht die französische Diplomatie vor allen Dingen eine defensive Einrichtung. Paris ist sehr darum bemüht, dieser Gemeinschaft jede offensive Spitze abzubiegen. Diese Erwägungen spielen auch bei der französischen Haltung eines deutschen Wehrbeitrag gegenüber eine Rolle. Man will alles unterlassen, was den Russen den Eindruck geben könnte, die deutschen Einheiten würden gewissermaßen als Stoßtruppe gegen den Osten aufgestellt oder seien unabhängig genug, um auf eigene Faust betont nationale Ziele zu verfolgen. Man kam so zu dem Gedanken der Europaarmee, deren Kernstück der Verzicht auf die nationale Wehrhoheit ist, d.h. auf das Recht für die beteiligten Länder, die vorhandenen Militärverbände nach eigenem Gutdünken zu verwenden. Nach Ansicht der französischen Diplomatie fällt die Stärke der nationalen Einheiten viel weniger ins Gewicht als die uneingeschränkte Anerkennung des Grundsatzes der sogenannten Integration in eine europäische Armee, deren Einsatz von einer übernationalen Behörde abhängt.

Trotz zahlreicher, psychologischer Warnungen hat man sich nunmehr in Frankreich mehrheitlich zu der Überzeugung durchgerungen,

daß eine erfolgreiche, atlantische Verteidigung ohne deutsche Beteiligung nicht vorstellbar ist. Selbst wenn eine schlecht unterrichtete, öffentliche Meinung und die sie bedienenden Zeitungen mitunter Ansichten vertreten, die mit dieser Überzeugung in Widerspruch stehen, ist die französische Diplomatie entschlossen, alle Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Das bedeutet insbesondere die unbedingte Berücksichtigung der erforderlichen Schlagkraft deutscher Einheiten, wodurch man verpflichtet ist, auf den Gedanken der zuerst erwogenen kleinen Combat-Teams zu verzichten und die Aufstellung deutscher Divisionen, die gegebenenfalls in Form von kleineren Armeekorps in die europäische Armee eingeordnet werden können, hinzunehmen. Einer Beteiligung Deutschlands am Atlantikpakt steht allerlings Frankreich unverändert ablehnend gegenüber, da ein solcher Schritt der Sowjetunion gegenüber höchst bedenklich sei.

Zu erwähnen ist schließlich ein weiterer französischer Grundsatz in Zusammenhang mit der atlantischen Verteidigung: Der unbedingte Schutz des wirtschaftlichen Gleichgewichts der europäischen Länder, deren Militärausgaben auf keinen Fall ein sozial tragbares Maß übersteigen dürfen. Der Kampf gegen den Kommunismus, so begründet man, wird in Europa und besonders in Frankreich an zwei Fronten geführt, wobei der inneren Front zunächst die größere Bedeutung beizumessen ist. Jede Verschärfung der sozialen Spannungen stärkt den Kommunismus und macht damit den Wehraufwand illusorisch. Diese französischen Ansichten wurden in den vergangenen Wochen anlässlich des Besuches Harrimans in Paris erneut den Vereinigten Staaten verdeutlicht. Man versichert, zwar inoffiziell aber optimistisch, es sei nunmehr gelungen, Washington von ihrer Richtigkeit und auch von allen ihren praktischen Folgen zu überzeugen.

+ + +

Namen - und was dahinter steht

-w- Die Politik der Gegenwart spielt sich auf organisatorischen Ebenen ab, die aus täglichen Pressemeldungen dem Begriff nach, als "UNO" zum Beispiel, als "Europarat" und "OECE", auch weitesten Kreisen bekannt, aber in ihren Funktionen nur undeutlich vorstellbar sind.

Da ist zunächst die UNO. Kaum jemand weiß, daß 60 Länder Mitglieder wurden, daß aber neben Deutschland und (heute noch) Spanien, auch die Schweiz, Liechtenstein und San Marino nicht zu den UNO-Staaten zählen. Man kennt die Vollversammlung, mit ihren regelmäßigen Tagungen einmal im Jahr, und den Sicherheitsrat; aber schon, daß im Sicherheitsrat nur sechs von elf Mitgliedern (und zwar China, Frankreich, Großbritannien, die Sowjet-Union und die USA) das Veto-recht haben, ist nicht allgemein bekannt. Fast gar nicht treten die ständigen Kommissionen, die die Vollversammlung für Fragen der Politik, der Wirtschaft, des Rechts und des Kulturlebens geschaffen hat, in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Voriges Jahr wurden darüber hinaus zwei neue Organe geschaffen: Die Kommission zur Beobachtung friedensgefährdender Spannungen und die Kommission für kollektive Maßnahmen, deren Funktionen im allgemeinen fälschlich dem Sicherheitsrat zugesprochen werden. Während der Tagungspause der Vollversammlung besteht außerdem noch ein Interimskomitee, das ihre Funktionen in der Zwischenzeit aufrecht erhält. Von den Sowjetstaaten wird es als "statutenwidrig" boykottiert.

Ebenfalls zur UNO gehört der Treuhandschafferrat. Er befaßt sich mit der Kontrolle des ehemals deutschen Kolonialbesitzes. Nur die Unterstellung Südwestafrikas wurde von der Südafrikanischen Union abgelehnt. Mit ihm zusammen sind als nebengeordnete Organe der Wirtschafts- und Sozialrat (seine Aufgaben gehen aus dem Namen hervor), der Internationale Gerichtshof in Den Haag und die Kommission für Atomenergie dem Sicherheitsrat gleichgestellt. Dieser allerdings ist das einzige UN-Organ, das anstatt von Empfehlungen, bindende Beschlüsse fassen kann.

Noch unbekannter dürften Einzelheiten über die Zusammensetzung und das Funktionieren des Europarates sein. Seine Gründung wurde von privaten Bewegungen angeregt. Unter ihnen waren Graf Coudenhove-Kalergis "Europa-Parlament-Union", Churchills "Vereinte Europa-Bewegung", die "Unabhängige Liga für europäische Zusammenarbeit" und die "Europäische Union der Föderalisten". Auf ihre Initiative traten im Mai 1949 die offiziellen Vertreter der westeuropäischen Staaten zusammen und erzielten in zwischenstaatlichen Abkommen die Bildung des Europarats. Aus Regierungsvertretern wurde das

beschlussfassende "Minister-Komitee" gebildet und unter Vorsitz von Henry Spaak die Beratende Versammlung konstituiert. In einer größeren Reihe von Kommissionen sollen politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Bestrebungen auf europäischer Ebene koordiniert und auf dieser Basis dann die Einheit Europas verwirklicht werden. Über die Methode, ob nämlich diese Einheit durch Koordinierung der Regierungen oder durch die Ausgestaltung der Versammlung erreicht werden soll, ist man sich allerdings auch in den Hauptorganen des Europarates noch nicht einig.

In Verbindung mit der Schuman-Plan-Debatte fällt häufiger wieder der Name der OEEC. Es ist die Abkürzung des englischen Titels der "Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit". Nach den Bedingungen für den finanziellen und wirtschaftlichen Beitrag der USA zum Wiederaufbau Europas wurde sie zur Verwaltung und Verteilung der materiellen und finanziellen Unterstützungen geschaffen. Außer den west- und nordeuropäischen Staaten gehört ihr auch die Türkei an. In den USA selbst wurde für die Wirtschaftshilfe an das Ausland (nicht nur Europa) parallel die ECA-Verwaltung aufgestellt, die das Programm der OEEC zu billigen hat und mit jedem einzelnen Mitgliedsland direkte Abkommen schließt. Leiter der ECA ist W.C. Foster, Botschafter für Europa sein Landsmann Milton Katz.

Neben einem aus allen Mitgliedstaaten konstituierten Rat besteht in der OEEC ein sieben Vertreter zählendes Exekutiv-Komitee. Lediglich angegliedert ist die Europäische Zahlungsunion (EZU), die einen einheitlichen europäischen Markt mit frei konvertierbaren Währungen erwirken will. Zur Zeit ist die OEEC besonders mit den Problemen der Rohstoffknappheit befaßt.

Als kleine interessante Besonderheit zum Schluß, daß die Schweiz zwar volles OEEC-Mitglied ist, aber als einzig beteiligter Staat mit Rücksicht auf ihr Neutralitäts-Statut, die Hilfe der USA nicht in Anspruch nimmt und so auch keine Abkommen mit der ECA traf.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau (z.Zt. in Urlaub)